



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIV/102 - 8. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Vor Genf Von Franz Barsig	74
3 - 4	Wird Sizilien den Empfehlungen des Vatikans folgen? Problem der regionalen Autonomie Siziliens gefährdet die politische Einheit der Katholiken in Italien Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	70
5	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Erwin Lange zur Frage der Zusammenarbeit SPD - Handwerk	29
6	Hamburg, Stadt der Superlative Die größte Konsularstadt der Welt	47

* * *
* * *

Vor Genf

Von Franz Barsig

Würde man einem Meteorologen die Aufgabe übertragen, die Situation vor der in drei Tagen beginnenden Genfer Konferenz darzustellen, er würde es etwa so schildern: Die Grosswetterlage wird von einem kräftigen Tief bestimmt. Sich aufbauende kleine Zwischenhochs werden jedoch von kräftigen Randstörungen wieder abgedrängt.

Doch zurück zur Politik. Im Gegensatz zu den Genfer Konferenzen des Jahres 1955, deren Beginn zumindest mit einem gemässigten Optimismus erwartet wurde, sieht man den Genfer Verhandlungen des Jahres 1959 allgemein nur mit Skepsis entgegen. Eine Skepsis, die berechtigt ist, denn beide Seiten haben bisher nur miteinander nicht zu vereinbarende Maximalforderungen aufgestellt.

Es gibt nicht wenige, die eine solche Verhandlungspraxis und Verhandlungstaktik für richtig halten, und man glaubt auch heute noch den Grundsatz der klassischen Diplomatie anwenden zu können, unter keinen Umständen erkennen zu lassen, auf welcher mittleren Linie man sich schliesslich einigen könnte.

Was beim Wiener Kongress noch Gültigkeit hatte, braucht im Jahre 1959 in Genf aber noch lange nicht gültig zu sein. Es wäre besser gewesen, der Westen hätte von vornherein durch ein realistisches Programm die Unmöglichkeit der sowjetischen Vorschläge um so deutlicher erkennen lassen und die Sowjets am Verhandlungstisch sofort in eine Phase ernster Verhandlungen gezwungen. Dass es dazu nicht kam und dass den unannehmbaren Vorschlägen der Sowjets nur für die Gegenseite ein ebenso irreales Verhandlungsprogramm gegenübersteht, ist nicht zuletzt die Schuld des alten Mannes aus Rhöndorf, der alle Ansätze von britischer und amerikanischer Seite, in Genf ein sachliches Gespräch beginnen zu können, zerstört hat.

Jedoch die Lage ist nicht nur düster. Die gestrige Rundfunk- und Fernsehrede des neuen amerikanischen Aussenministers Herter könnte man, wenn man zum meteorologischen Bild wieder zurückkehren will, als ein kleines Zwischenhoch bezeichnen. Diese Rede lässt zumindest ernsthafte Verhandlungsbereitschaft erkennen, was selbst das ist in der heutigen Zeit schon viel. In diesem Zusammenhang gehört auch die Pressekonferenz

die der amerikanische NATO-Oberkommandierende in Mitteleuropa, General Eddleman in Bonn gegeben hat und in der er mit den krampfhaften Versuchen auftrug, dass ein Abzug der ausländischen Truppen hinter den Rhein zu einem Zusammenbruch der NATO führen würde. Der General hat deutlich gemacht, dass ein Disengagement - und das wäre ein Disengagement - nur technische und finanzielle Probleme aufwirft, an der militärstrategischen Lage aber nichts ändert und keinesfalls die Sicherheit des Westens in Mitteleuropa beeinträchtigt. Es versteht sich von selbst, dass Bonn sofort sauer reagierte, und man kann es auch als handelsüblich betrachten, dass der General über eine offizielle Mitteilung des Pentagon seine Erklärungen zurückziehen musste. Am Tatbestand selbst ändert das nichts, und man sollte den Einfluss dieser Erklärung für die Genfer Konferenz nicht unterschätzen.

Weniger Gewicht hingegen für die Genfer Verhandlungen haben die Gespräche, die Dr. Adenauer mit dem französischen Ministerpräsidenten Debré in Bonn führte. Dass hier eine eiserne Achse - allerdings eine spröde, brüchige, gusseiserne - vorliegt, das weiss ohnehin alle Welt. Man hätte es sich nicht noch einmal zu bestätigen brauchen. Wie sehr Bonn allerdings bereit ist, sich diese Verbindung etwas kosten zu lassen, das hat die Behandlung der Oder-Weisse-Linie ergeben, die nach den Auskünften beider Regierungssprecher bei dieser Zusammenkunft überhaupt nicht erwähnt worden ist. Man hielt das nicht für nötig, obwohl Staatspräsident de Gaulle kurze Zeit vorher die Oder-Weisse-Linie informell anerkannt hatte und sich damit in einen eklatanten Gegensatz zur Bonner Regierungspolitik begab. Man löste das Problem durch Schweigen. Interessant ist hier nur die Haltung derjenigen Kräfte, die sich schon bei diesen Fragen immer sehr laut zu Wort melden. Man stelle sich vor, eine sozialdemokratische Regierung hätte so gehandelt. Sämtlich Vertriebenenfunktionäre hätten sie in der Luft zerrissen. Bei der Bundesregierung übergeht man diesen Vorgang, das soll registriert werden, mit vornehmem Schweigen.

Nun steht Bonn noch der Besuch des amerikanischen Aussenministers Herter bevor, und es ist nur zu hoffen, dass Herter gegenüber weiteren Abstrichen an seinem Verhandlungsprogramm festbleibt. Die Vorkonferenzen in Washington und Paris haben schon genug an verhandlungsfähigen Ansätzen zerstört, als dass in Bonn auch noch der Rest kaputt gemacht wird.

Es bleibt schliesslich eben vorwiegend das ausgedehnte Tief zu registrieren. Der Unterschied zum Wetter allerdings ist nur, dass dieses in grossen und ganzen nicht zu beeinflussen ist. Das politische Wetter allerdings machen Menschen und Mächte und keiner kann behaupten, dass sie sich auf beiden Seiten erheblich angestrengt haben, um aus der schlechten Wetterzone herauszukommen.

Wird Sizilien den Empfehlungen des Vatikans folgen?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani.

Am 7. Juni werden in Sizilien die Regionalwahlen stattfinden, aus denen 90 Abgeordnete für das regionale Parlament hervorgehen. Das Thema, welches die sizilianischen Wahlen beherrscht, ist der Anspruch auf die Autonomie der Insel, die nicht mehr eine blosse Statut-Angelegenheit sein soll. Es war der Protest gegen den "centralismo" der Christlichdemokratischen Partei in Rom, eines der Elemente, das zum Austritt des Christdemokraten Milazzo aus dieser Partei geführt hatte. Milazzo hat nun eine "Christlich-soziale Bewegung" gegründet, die er der Christlichdemokratischen Partei entgegenstellt. Es ist dies das erste Mal seit Kriegsende, dass zwei katholische Parteien in den Wahlkampf ziehen.

Das am 2. April von Papst Johannes XXIII. gutgeheissene Dekret des Heiligen Offiziums, das Katholiken verbietet Parteien zu wählen, die sich mit den Kommunisten zusammenschliessen oder de facto diese unterstützen, hatte vor allem die Absicht, den Präsidenten des Regionalen Ausschusses, Milazzo, zu treffen. Dieser ist auf Sizilien eine Allianz mit den Kommunisten, Sozialisten, Monarchisten und Faschisten eingegangen, wodurch er sich die Mehrheit im regionalen Parlament zu sichern vermochte, während die Christlichdemokratische Partei auf Sizilien die Opposition bildet. Das sehr scharf gehaltene Dekret des Heiligen Offiziums hat aber Milazzo nicht davon abgehalten, in Verwaltungsfragen seine Allianz unter anderem mit den Kommunisten aufrechtzuerhalten und seinen Kampf für die Autonomie der Insel gegen das zentralisierende System der Christlichdemokratischen Partei in Rom weiterzuführen.

Für die Christlichdemokratische Partei stellen die Wahlen auf Sizilien eine Art Kraftprobe dar. Es handelt sich um die Frage, ob die Sizilianer bereit sind, in der "Democrazia Cristiana" die einzige katholische Partei anzuerkennen. Der Aufstand Milazzos gegen das christlichdemokratische Monopol auf Sizilien wird auch von einem bestimmten Teil der wirtschaftlichen Kräfte des Bürgertums unterstützt, die sich den grossen Industrie-Gesellschaften Nord-Italiens widersetzen und welche die industrielle Entwicklung Siziliens fördern möchten.

Auch für die Sozialisten haben diese bevorstehenden Wahlen Siziliens eine ganz besondere Bedeutung. Es sind nämlich dies die ersten Wahlen, die nach dem Kongress der Linksozialisten in Neapel abgehalten werden, auf welchem - wie bekannt - die Autonomie von der Kommunistischen Partei Italiens festgelegt wurde. Zusammen mit den Linksozialisten gehen in einigen Provinzen Siziliens auch einige sozialdemokratische Exponenten, die sich von der Sozialdemokratischen Partei losgelöst haben, sowie einige Persönlichkeiten aus der Radikalen Partei, wie der Schriftsteller Elio Vittorini. Gegenüber den Linksozialisten wird oft der Vorwurf erhoben, sie seien mit ihrem Autonomie-Bekenntnis auf halbem Wege stehen geblieben. Zweifellos wird das Ergebnis dieser sizilianischen Wahlen also auch für die zukünftige politische Entwicklung der linksozialistischen Partei von grosser Bedeutung sein.

Verschiedene Kräfte innerhalb der Christlichdemokratischen Partei und innerhalb der Rechtsparteien - die beiden monarchistischen Parteien haben sich in einer Partei vereint und ihr den sonderbar klingenden Namen "Partito Democratico Italiano" verliehen - regen sich, um auf Sizilien dieselbe politische Allianz zustandezubringen, wie sie heute im Parlament in Rom besteht.

Die Autonomie Siziliens, das stets das unstrittenste Argument während dieses Wahlkampfes sein wird, ist die grosse Karte in den Händen der Linksparteien und in denen Milazzos. Beide sind bestrebt, eine Zusammenarbeit der christlichdemokratischen Kräfte mit denjenigen der rechtsstehenden Parteien - wie sie im nationalen Parlament in Rom zustandekam - zu verhindern.

Aus den angeführten Gründen geht die Bedeutung hervor, die alle politische Kreise Italiens den Ergebnissen der sizilianischen Wahlen zuschreiben. Das Resultat der Wahlen kann indirekt die Regierung "Rechts von der Mitte" Segnis konsolidieren, aber es könnte auch zu einem Zusammenbruch dieser Mehrheit beitragen und das Fundament für ein neues parlamentarisches Gleichgewicht der politischen Kräfte legen. Doch abgesehen davon fragt man sich ganz allgemein, inwieweit die Sizilianer sich dem Dekret des Heiligen Offiziums widersetzen werden, das ihnen praktisch - als Katholiken - keine andere Wahl gestattet, als diejenige der christlichdemokratischen Kandidaten.

Das Minuten-Interview:

MdB Erwin Lange

zur Frage der Zusammenarbeit SPD - Handwerk

SPD-Pressedienst: Herr Lange, Sie befassen sich ja seit Jahren mit Fragen der selbständig Schaffenden und interessieren sich daher besonders für die Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Mittelschichten. Wie beurteilen Sie das kürzlich von der SPD-Bundestagsfraktion mit den Vertretern des deutschen Handwerks geführte Gespräch?

MdB Erwin Lange: Das mit den Vertretern des Handwerks in der SPD-Fraktion geführte Gespräch halte ich für gut und nützlich. Ist doch von den Vertretern des Handwerks, in Sonderheit vom Präsidenten des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Herrn Wild, unmißverständlich gesagt worden, das Handwerk wolle in Wirtschaft und Gesellschaft keinen Naturschutzpark für sich und daher auch vom Gesetzgeber keine Schutzgesetze. Es wolle vielmehr nur vorhandene Wettbewerbsbenachteiligungen beseitigt und gleichartige Wettbewerbschancen, wie sie anderen Unternehmen und Betrieben auch geboten werden, sichergestellt wissen.

In dieser Frage hat es zwischen den Vertretern des Handwerks und der SPD-Fraktion keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Das erscheint mir sehr wichtig.

Nur so wird es möglich sein, vernünftige politische und gesetzgeberische Absichten zu äußern, ohne sich gegenseitig unlauteren Willens zu zeihen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Übereinstimmung war: Der Schlüssel für die sozialen Lasten - heute nur auf Lohn- und Gehaltssumme beruhend - muß so geändert werden, daß die arbeitsintensiven Betriebe gegenüber den kapitalintensiven bei fortschreitender technischer Entwicklung nicht mehr benachteiligt werden.

Bei solcher Übereinstimmung im Grundsätzlichen wird sich die Zusammenarbeit zwischen Handwerk und SPD durchaus gut entwickeln können.

+ + +

Hamburg, Stadt der Superlative

rn - In Westdeutschland ist Hamburg mit seinen 1,508.000 Einwohnern die größte Stadt. In Gesamtdeutschland wird es nur von Berlin übertroffen. München, die drittgrößte Stadt Deutschlands, folgt in weitem Abstand, hat aber mit 1,017.000 Einwohnern die Millionen-grenze bereits überschritten. Die Reihenfolge der weiteren deutschen Großstädte und ihrer Bevölkerung dürfte nicht allgemein bekannt sein. Sie lautet: Köln 749.000, Essen 720.300, Düsseldorf 679.000 und Frankfurt am Main 643.000 Einwohner. Erst dann folgen in Mitteldeutschland Leipzig mit 608.000 und Dresden mit 492.000 Einwohnern. Hamburg dürfte mit rund 25.000 Personen auch die größte Ausländerkolonie aller deutscher Großstädte aufweisen; schließlich gehört zu den Hamburger Superlativen die Tatsache, daß es in der Hansestadt über eine Viertel Million deutsche Heimatvertriebene gibt. Der Zuwachs der Hamburger Bevölkerung seit 1950 ist enorm, er beträgt rund 200.000 Menschen. In Hamburg wurde kürzlich die 250.000. Neubauwohnung seit Kriegsende gerichtet.

Aus dem "Kleinen Hamburg-Spiel", der soeben neu herausgekommen ist, erzählt man weitere Superlative aus Hamburg. So ist Hamburg nach New York mit 48 Konsulaten, davon 42 Generalkonsulaten, die größte Konsularstadt der Welt. Die viergleisige Eisenbahnstrecke zwischen dem Hamburger Hauptbahnhof und Hamburg-Altona hat den dichtesten Verkehr in der Bundesrepublik. Den Hamburger Hauptbahnhof passieren an Wochentagen rund 1200 Züge, darunter 425 Züge der elektrischen S-Bahn und etwa 540 Reisezüge, so daß im Durchschnitt alle 1 1/2 Minuten ein Zug den Bahnhof verläßt. In Hamburg werden täglich 38 internationale Züge abgefertigt, darunter der schnellste Zug der Deutschen Bundesbahn, der Trans-Europa-Express "Helvetia", der die Strecke Hamburg-Basel in 8 Stunden 37 Minuten bewältigt.

Auch die Post verzeichnet in Hamburg Superlative. Das zentrale Brief- und Paketpostamt befördert täglich 2 Millionen Briefsendungen, 160.000 Pakete, 105.000 Päckchen und 100 Tonnen Zeitungen (an Spitzentagen sind es 8 Millionen Briefe und 450.000 Pakete und Päckchen). Das Fernsprechnetzt hat bereits über 200.000 Anschlüsse. Das Fernschreibamt Hamburg ist mit 3000 Teilnehmern das weitaus größte in der Bundesrepublik. Täglich werden 45.000 Telegramme bearbeitet. Auch das Postscheckamt Hamburg ist mit 260.000 Konten und rund 45 Milliarden DM Buchungen das größte in der Bundesrepublik.

Ende 1958 führen täglich 80.000 Autos über die Elbbrücken in Hamburg, heute sind es bereits über 70.000. Am 1. Januar 1959 hatte Hamburg 201.303 Kraftfahrzeuge (1938 - 53.000, 1946 - 13.800). Über den Hamburger Hafen wurden im Vorjahr 150.953 PKW's sowie 16.733 LKW's und Traktoren in alle Welt exportiert. Der Superlativ der Superlative: Die Hamburger Verkehrsmittel haben im Vorjahr 653 Millionen Menschen befördert. Das bedeutet, daß - statistisch gesehen - täglich fast die gesamte Bevölkerung Hamburgs von der U-Bahn, den Straßenbahnen, der S-Bahn, den Bussen und den Alster- und Elbe-(Hafen) schiffen befördert werden mußte.

+ + +
Verantwortlich: In Vertretung: Albert Exler